



Rüsselsheim, den 05.11.2020

NIEDERSCHRIFT

der öffentlichen Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses

vom Dienstag, den 29.09.2020 um 18:00 Uhr

„A“

TOP 1 **Genehmigung der letzten Niederschrift**

Die Niederschrift über die 38. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 01.09.2020 wird genehmigt.

TOP 2 **Antrag zur Verweisung: a) Antrag der CDU-Fraktion vom 28.08.2020 - Antrag Nr. 77 - Anwohnerparkzonen / Anwohnerparkausweise**

Der Stadtv. Metz begründet den vorliegenden Antrag der CDU-Fraktion vom 28.08.2020.

Der Stadtverordnetenversammlung wird einstimmig die Verweisung des Antrags empfohlen.

TOP 3 **Präsentation der neuen Homepage "main-ruesselsheim.de"**

Frau Weidmann, Stadtmarketing, leitet in die Thematik ein. Danach erfolgt eine Präsentation der Inhalte und Funktionalitäten der neuen Homepage durch Herrn Griesbach, Sellinger-Griesbach GmbH.

Die Fragen der Ausschussmitglieder werden beantwortet, Hinweise und Anregungen sollen im Rahmen eines permanenten Optimierungsprozesses berücksichtigt werden.

TOP 4 **Bericht Wirtschaftsförderung 2015 - 2019 -Bericht des Magistrates zur Kenntnisnahme- Bezug: Haushaltsbegleitantrag Nr. 33 der SPD-Fraktion vom 12.02.2015 DS-Nr. 762/16-21**

Herr Schipper, FB Stadtentwicklung und Strategische Planung, erläutert den vorliegenden Bericht.

Die Stadtv. Steinborn regt an, hinsichtlich der Entwicklung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in der Darstellung möglichst verschiedene Branchen darzustellen. Herr Schipper sagt eine entsprechende Prüfung zu.

Der Stadtv. Sert verweist auf die Stellungnahme des Gewerbevereins und beantragt dessen Anregungen und Erweiterungsvorschläge in künftige Berichte aufzunehmen. Auf Vorschlag des Stadtv. Metz soll eine diesbezügliche Abstimmung jedoch erst in der Stadtverordnetenversammlung erfolgen.

Die Stellungnahme wird im Übrigen dem Vorschlag des Vorsitzenden entsprechend dem Protokoll als Anlage beigefügt. Des Weiteren soll eine inhaltliche Prüfung der Anregungen des Gewerbevereins erfolgen.

Der Bericht Wirtschaftsförderung 2015-2019 wird zur Kenntnis genommen.

**TOP 5 Kunst- und Kulturstiftung Opelvillen: Finanzplanung ab 2021
Bezug: Haushaltsbegleitantrag Nr. 58 (Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke/Liste Solidarität, FWR/FNR vom 20.2.2019)
DS-Nr. 763/16-21**

Der Stadtv. Schneckenberger begründet den Antrag der Fraktion Die Linke/Liste Solidarität auf Änderung des Namens der „Opelvillen“. Der Antrag wird bei einer Ja-Stimme mehrheitlich abgelehnt.

Entsprechend der Beschlussfassung im Kultur-, Schul- und Sportausschuss wird der Stadtverordnetenversammlung bei 3 Stimm-Enthaltungen einstimmig empfohlen, die Vorlage wie folgt zur Kenntnis zu nehmen bzw. dem Beschlussvorschlag zuzustimmen:

A. Kenntnisnahme

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis,

1. dass der städtische Zuschuss an die Kunst- und Kulturstiftung Opelvillen in den Jahren 2011 - 2015 eine Kürzung im Rahmen der Haushaltskonsolidierung um 40.500 € auf 221.400 € erfahren hat und danach nicht mehr angehoben worden ist.
2. dass die jährlichen Zahlungen der Adam Opel AG an die Kunst- und Kulturstiftung Opelvillen von 127.822,96 € im Gründungsjahr 2002 schrittweise reduziert und im Jahr 2018 komplett (Zuschuss 2018: 40.000 €) eingestellt wurden.
3. dass die finanzielle Ausstattung der Stiftung im Verhältnis zum Gründungsjahr im Jahr 2019 annähernd gleichgeblieben ist, sich die Finanzierungsanteile jedoch von 60 (Stadt) zu 40 (Opel) auf einen allein von der Stadt Rüsselsheim getragenen Zuschuss verschoben haben.
4. dass die Arbeit der Kunst- und Kulturstiftung Opelvillen Rüsselsheim unter den vorhandenen finanziellen Rahmenbedingungen nicht dauerhaft aufrechterhalten werden kann.
5. dass neben dem Ausstellungs- und Kulturbetrieb auch die Unterhaltung des denkmalgeschützten Gebäudeensembles Opelvillen Aufgabe der Stiftung ist.
6. dass für den Erhalt des denkmalgeschützten Ensembles der derzeitige Zuschuss zur Bauunterhaltung von 50.000 € pro Jahr nicht auskömmlich ist und bei Bedarf aus dem allgemeinen Zuschuss zu Lasten des Kunstbetriebes mitfinanziert werden muss.
7. dass der Magistrat beabsichtigt, den im Schlussbericht zur 220. Überörtlichen Prüfung Kultur ausgesprochenen Empfehlungen des Landesrechnungshofs in Bezug auf die Erarbeitung von Kriterien zur Dokumentation und Berichtswesen zu folgen.

B. Beschluss

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt,

1. dass zur Aufrechterhaltung des bisherigen Niveaus der Arbeit im Ausstellungs- und Kulturbetrieb sowie für den Erhalt des denkmalgeschützten Gebäudeensembles der städtische Zuschuss an die Kunst- und Kulturstiftung Opelvillen Rüsselsheim jährlich an die Preis- bzw. Personalkostenentwicklungen angepasst wird.
2. dass der städtische Zuschuss in einem ersten Schritt für das Jahr 2021 um 40.000 € auf 261.400 € erhöht wird, um den Ertragsverlust aus dem Wegfall der Zahlungen der Adam Opel AG zu kompensieren. Die erforderlichen Mittel werden zum Haushaltsplanentwurf 2021 angemeldet.
3. dass im Jahr 2022 der Zuschuss in einem zweiten Schritt zur Bauunterhaltung von derzeit 50.000 € auf 100.000 € erhöht wird und ab 2023 eine jährliche Anpassung entsprechend der Entwicklung des Baupreisindex für Nichtwohngebäude/Bürogebäude erfolgt. Die Verwendung dieser Mittel ist zweckgebunden.
4. dass in einem dritten Schritt der allgemeine städtische Zuschuss an die Kunst- und Kulturstiftung Opelvillen ab dem Jahr 2023 ebenfalls einer Indexsteigerung unterworfen wird. Für die Ermittlung sind die Steigerung nach dem TVöD für Personalaufwand und die Inflationsrate für die übrigen Sachaufwendungen des jeweiligen Vorjahres zugrunde zu legen.
5. Die Stadtverordnetenversammlung erklärt den HH-Begleitantrag „Finanzplanung Opel-Villen“ der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke/Liste Solidarität und FWR/FNR vom 20.02.2019 für erledigt.

TOP 6 Evaluierung der Neustrukturierung der Musikschule
Bezug: DS-Nr. 639/16-21 Evaluierung der Neustrukturierung der Musikschule
Antrag Nr. 55 der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und FW/FNR vom
24.07.2019
DS-Nr. 764/16-21

Entsprechend der Beschlussfassung im Kultur-, Schul- und Sportausschuss wird der Stadtverordnetenversammlung bei 8 Gegenstimmen und 9 Ja-Stimmen mehrheitlich empfohlen, die Vorlage wie folgt zur Kenntnis zu nehmen bzw. dem Beschlussvorschlag zuzustimmen:

A Kenntnisnahme

1. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den Bericht zur Evaluierung der Neustrukturierung der Musikschule zur Kenntnis.
2. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt damit ebenfalls zur Kenntnis,
 - a. dass die Auswertung der Jahre 2014 – 2019 ergeben hat, dass die Annahmen des Beschlusses DS-Nr. 377/11-16 vom 23.07.2014 in Bezug auf die finanziellen Auswirkungen eingetroffen sind.
 - b. dass die Qualität der pädagogischen Arbeit der Musikschule durch die Neustrukturierung der Beschäftigungsverhältnisse beeinträchtigt ist.
 - c. dass sich aktuell die Situation am Arbeitsmarkt sowohl für angestellte als auch freiberufliche Lehrkräfte gegenüber dem Jahr 2014 für Arbeitgeber deutlich verschlechtert hat.
 - d. dass durch die Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie bedingten Unterrichtsausfälle besonders deutlich wird, in welcher prekärer Situation sich freiberufliche Lehrkräfte befinden.

- e. dass sich die Betriebskommission von Kultur123 Stadt Rüsselsheim in ihrer Sitzung am 24.06.2020 mit der Vorlage beschäftigt und dem Magistrat und der Stadtverordnetenversammlung empfiehlt, der Vorlage zuzustimmen.

B. Beschluss

1. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt,
 - a. dass die mit dem Beschluss DS-Nr. 377/11-16 vom 23.07.2014 eingeführte Praxis beendet wird.
 - b. dass die 3 seit 2015 aufgrund des Beschlusses entfallenen Stellen wieder in die Stellenübersicht des Eigenbetriebes aufgenommen werden.
 - c. dass die Stellen mit Genehmigung des Wirtschaftsplans 2021 von Kultur123 wiederbesetzt werden können.
 - d. dass zukünftig durch Fluktuation freiwerdende Stellen ebenfalls wiederbesetzt werden können.

TOP 7 Änderung des § 4 sowie des § 28 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung DS-Nr. 765/16-21

Der Stadtv.Vorsteher, Herr Grode, erläutert die Vorlage und verweist auf folgende im Ältestenrat vorgeschlagene Änderung gegenüber dem Beschlussvorschlag in Pkt. II:

„§ 28 der Geschäftsordnung (Abs. 1) erhält folgende Fassung:

- (1) *Die Redezeit des ersten Redners / der ersten Rednerin einer Fraktion zu einem Tagesordnungspunkt der Stadtverordnetenversammlung / eines Ausschusses wird auf 7 Minuten begrenzt. Für den Zweitredner / die Zweitrednerin aus einer Fraktion zu einem Tagesordnungspunkt stehen weitere 3 Minuten zur Verfügung. Im Zuge einer Nachfrage oder der Beantwortung einer Nachfrage oder einer Richtigstellung steht dem Drittedner / der Drittednerin aus einer Fraktion 1 Minute zur Verfügung. Weitere Wortmeldungen aus einer Fraktion zu einem Tagesordnungspunkt sind nicht zulässig. Reden zur Beratung bzw. Verabschiedung eines Haushaltes sollen nicht länger als 10 Minuten dauern.“*

Die Abstimmung über die entsprechend modifizierte Vorlage soll erst in der Stadtverordnetenversammlung erfolgen.

TOP 8 Änderung des § 4 Abs. 1 der Satzung über die Erstattung von Verdienstausschlag, Fahrtkosten und Aufwandsentschädigung der ehrenamtlich Tätigen der Stadt Rüsselsheim am Main - Entschädigungssatzung DS-Nr. 766/16-21

Der Stadtverordnetenversammlung wird einstimmig empfohlen, nachstehendem Beschlussvorschlag zuzustimmen:

§ 4 Abs. 1 der Entschädigungssatzung der Stadt Rüsselsheim am Main erhält folgende Fassung:

(1) Ehrenamtlich Tätige erhalten eine Aufwandsentschädigung von 30,00 € pro teilgenommener Sitzung **Dies gilt sowohl für Präsenz wie auch für virtuelle Sitzungen.**

Für den Stadtverordnetenvorsteher/die Stadtverordnetenvorsteherin, seine/ihre Stellvertreter/in, die ehrenamtlichen Stadträte/ Stadträtinnen, die Ausschussvorsitzende, die Fraktionsvorsitzenden und die Ortsvorsteher/innen erhöht sich die Aufwandsentschädigung um

- a) Stadtverordnetenvorsteher/in 260,00 €
 - b) Stellvertreter/in 105,00 €
 - c) ehrenamtliche Stadträtinnen und Stadträte 155,00 €
 - d) Ausschussvorsitzende/r 105,00 €
 - e) Fraktionsvorsitzende/r 155,00 €
 - f) Ortsvorsteher/in 105,00 €
- pro Monat.

Diese Änderung tritt mit sofortiger Wirkung in Kraft.

**TOP 9 Jahresbericht 2019 des pro familia Kreisverbandes Groß-Gerau e.V.
Hier: Bericht des Magistrates zur Kenntnisnahme sowie Grundsatzbeschluss
zur Anschlussfinanzierung für die Fachstelle queerformat
DS-Nr. 770/16-21**

Entsprechend der Beschlussfassung im Sozial-, Integrations- und Jugendausschuss wird der Stadtverordnetenversammlung einstimmig empfohlen, die Vorlage wie folgt zur Kenntnis zu nehmen bzw. dem Beschlussvorschlag zuzustimmen:

A. Kenntnisnahme

1. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den Jahresbericht 2019 des pro familia Kreisverbandes Groß-Gerau e.V. (Anlage) zur Kenntnis.

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis, dass

2. erstmals über das neue Projekt „Fachstelle queerformat“ berichtet wird.
3. die Fachstelle queerformat eine Lücke im Beratungsangebot füllt und als Erfüllung einer gesetzlichen Pflichtaufgabe angesehen werden muss.
4. der Kreistag den Kreisausschuss beauftragt hat, gemeinsam mit dem Jugendhilfeträger Stadt Rüsselsheim am Main die Finanzierung zu sichern.

B. Beschlussvorschlag

1. Der Magistrat wird beauftragt, gemeinsam mit dem Kreis Groß-Gerau Gespräche mit dem pro familia Kreisverband Groß-Gerau e. V. aufzunehmen.
2. Der Magistrat wird bevollmächtigt eine Vereinbarung zur Sicherstellung der Anschlussfinanzierung für die Fachstelle queerformat ab dem 01.01.2022 zu treffen und die entsprechenden Mittel im Haushalt 2022 einzustellen.

**TOP 10 Antrag der Fraktion Die Linke/Liste Solidarität vom 03.09.2020 - Vorgehen der
Verwaltung bei Verkehrsordnungsmaßnahmen**

Die Stadtv. Steinborn legt dar, dass ihre Fraktion den Antrag nur mittragen könne, wenn im Vorfeld künftiger Verkehrsordnungsmaßnahmen statt der „Einbeziehung“ der Bürger*innen lediglich eine „Information“ erfolge.

Die Stadtv. Kropp schließt sich dem an und verweist im Übrigen auf das angekündigte ganzheitliche Verkehrskonzept.

Dementsprechend ändert der Stadtv. Schneckenberber den vorliegenden Antrag ab.

Der Stadtv. Adam-Frick beantragt des Weiteren den Passus „straßenmäßige Verteilung von Strafzetteln“ zu streichen. Diesem Änderungsantrag wird bei einer Gegenstimme und einer Stimm-Enthaltung zugestimmt.

Der Stadtv. Höfeld beantragt die Bezeichnung „BürgerInnen“ durch „Einwohner*innen“ zu ersetzen. Dem Änderungsantrag wird einstimmig zugestimmt.

Unter Berücksichtigung der beschlossenen Änderungsanträge wird der Stadtverordnetenversammlung einstimmig empfohlen, dem entsprechend modifizierten Antrag wie folgt zuzustimmen:

*Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Magistrat auf, bei zukünftigen Maßnahmen zur Regelung des ruhenden Verkehrs (Einrichtung von Parkverbotszonen u.ä.) die betroffenen Einwohner*innen zu informieren.*

TOP 11 Antrag der CDU-Fraktion vom 24.09.2020 - Gelbes Band für Rüsselsheim

Die Stadtv. Kropp begründet den vorliegenden Antrag.

Der Stadtverordnetenversammlung wird bei einer Gegenstimme mit der Mehrheit der Ja-Stimmen empfohlen, den Antrag zu verweisen.

TOP 12 Antrag der Fraktion FW/FNR vom 29.09.2020 - Verlängerung der Aussetzung der Sondernutzungsgebühren für gastronomische Zwecke hier: Außenbestuhlung bis einschl. 30.04.2021

Der Stadtverordnetenversammlung wird einstimmig empfohlen, dem Antrag zuzustimmen.

TOP 13 Anfragen und Mitteilungen

Es liegen keine Wortmeldungen vor.